

Unterschiedliche Meinungen zum Stadtratsbeschluss

Wörtliche Zitate von Stadtrat Marian Offman (CSU) aus dem Interview mit Radio Lora vom 30.5.2018

<In dem Interview fragte der Lora-Reporter: Für mich entsteht der Eindruck, das Befassen mit dem Thema BDS wäre nicht in Ordnung. Kann das sein?>

Offman: Also das ist eine grobe Missinterpretation des gesamten Sachverhaltes. Wir sind in einem Land mit Meinungsfreiheit und jeder kann sagen und verbreiten, was er will, es sei denn, es ist Volksverhetzung. Also natürlich kann man BDS favorisieren, man kann es unterstützen, man kann Boykott Israel verlangen, man kann auch verlangen, man kann auch in Veranstaltungen sagen, dass ein neues Palästina auf den Trümmern Israels errichtet wird, wie es regelmäßig in Veranstaltungen verkündet wurde, die von Palästina-Tagen und dergleichen war, das kann man alles. Der Beschluss des Stadtrates besagt nur, dass wir keine öffentlichen Räume für Veranstaltungen von BDS zur Verfügung stellen, weil die Belange von BDS für uns den Stempel des Antisemitismus tragen. Das ist alles. Das heißt, dieser Beschluss verbietet niemandem zu sagen, ich unterstütze BDS, aber was wir nicht wollen ist, dass so etwas in städtischen Räumen artikuliert wird. Und wir sind auch gehalten als Kommune, uns ist das politische Mäßigungsgebot auferlegt, das heißt, wir als Kommune sollen politisch kontroverse Themen, die auf die Gesellschaft spaltend wirken könnten, auch nicht propagieren und in unseren Räumen vertreten.

< Lora-Reporter: Ich sehe ein bisschen ein Problem zu sagen, die Stadt München bestimmt, was in öffentlichen Räumen diskutiert wird. Das find' ich schwierig. Sagen Sie, das Thema BDS soll in öffentlichen Räumen der Stadt München nicht diskutiert werden? >

Offman: Die Frage ist durchaus berechtigt. Die Kommune ist die Kommune für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und lebt von den Steuern, die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entrichten. Nur: wir haben Wahlen, wir sind eine Demokratie, und es werden Parteien mit bestimmten Programmen gewählt, die über die Zeit der Amtsperiode hinweg die Interessen der Wählerinnen und Wähler vertreten. Das heißt für diese sechs Jahre haben wir das Mandat von ihnen, auch von Ihnen persönlich bekommen, Sie hier zu vertreten. Und die beiden großen Fraktionen, die Fraktion der SPD und der CSU, haben gemeinsam diesen Antrag beschlossen, auch natürlich im Auftrag der Wählerinnen und Wähler dieser beiden Parteien. Wenn nun jemand sagt, ich bin mit dieser Entscheidung nicht zufrieden, dann hat er die Möglichkeit, bei der nächsten Wahl dem entsprechend zu reagieren.

< Lora-Reporter: Ich zitiere mal aus dem Änderungsantrag des Kulturreferates: „Aus Sicht des Kulturreferates ist es allerdings problematisch, alle Unterstützer und Unterstützerinnen der BDS-Kampagne pauschal als antisemitisch einzustufen. Was sagen Sie zu dieser Einschätzung des Kulturreferates? >

Offman: Es werden nicht die Menschen pauschal eingeschätzt, sondern es wird die BDS-Kampagne als solche pauschal als antisemitisch eingeschätzt. Und warum wird sie als antisemitisch eingestuft? Weil BDS will einen Boykott, einen wirtschaftlichen Boykott und einen kulturellen, was genauso schlimm ist, von Israel. Man will also Israel von der kulturellen Teilhabe weltweit

ausschließen - mehr, Schlimmeres kann man einem Volk schon nicht antun. Und wenn man es wirtschaftlich in die Knie zwingt, dann raubt man den Menschen dort die Lebensgrundlage. Und das ist zum Teil auch schon passiert. Ich mein' es sind viele Firmen abgezogen. Es gibt Firmen, die mit Israel überhaupt keine Geschäfte mehr machen. Es ist nicht so, dass diese BDS-Kampagne ein zahnlöser Tiger sei. Das ist wirklich nicht so. Das ist schon ein Versuch, Israel massiv zu schaden und damit auch dem Zionismus und der jüdischen Idee, dass es jederzeit für die Jüdinnen und Juden dieser Welt einen Zufluchtsort geben muss angesichts der Tatsache, dass vor über 70 Jahren über 6 Millionen Jüdinnen und Juden ermordet worden sind, weil sie Juden waren. Und wenn man diesen Zusammenhang nicht versteht, dann habe ich Schwierigkeiten, nicht zu erkennen, dass da gewisse antisemitische Hintergründe sind, gegen Juden zu sein, weil sie Juden sind.

Weiteres Offman-Zitat aus dem Interview:

„Die können ihre Veranstaltungen in anderen Räumlichkeiten machen, es gibt genug Räumlichkeiten. Ich meine, warum werden wir als Stadt immer in diese Diskussion hineingezogen? Warum muss ich mich immer damit auseinandersetzen? Man versucht, mich dann auch einzuladen, zu solchen Veranstaltungen auf das Podium, um das irgendwie zu legitimieren. Ich mach' das natürlich nicht.“

Kulturreferent Hans Georg Küppers (SPD) untersagt Filmveranstaltung im EWH

Auszug aus dem Schreiben des Kulturreferats vom 12.3.2019 an die Geschäftsführung des EineWeltHouses, in dem er die Vorführung des Films BROKEN in Anwesenheit des Filmemachers Mohammed Alatar am Sonntag, 17.3.2019 im EineWeltHaus untersagt und die Auflösung des Mietvertrags mit der Veranstalterin, der Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, verlangt:

„Bei der geplanten Veranstaltung wird nicht nur der Film von Mohammed Alatar gezeigt, sondern auch eine Einführung gegeben und eine Diskussion angehängt. Die veranstaltende Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe ist offizielle Unterzeichnerin der BDS-Kampagne. Bei einer Gesamtschau der Veranstaltung (Filminhalt und -darstellung, Veranstalter, Diskussion, Teilnehmer u.a. aus dem Unterstützerkreis des Veranstalters) ist davon auszugehen, dass bei lebensnaher Betrachtung die Diskussionsveranstaltung nicht ohne eine Befassung mit den Inhalten, Themen und Zielen der BDS-Kampagne auskommt, da insbesondere ein zentrales Ziel der BDS-Kampagne der Abriss der Mauer - verbunden mit der Forderung, die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes zu beenden - ist.“

Einige Abgeordneten der Grünen stimmten gegen die Bundestagsresolution

Jürgen Trittin und 16 weitere Abgeordnete der Grünen üben in der Begründung für ihre Ablehnung der von CDU/CSU, SPD FDP und Grünen getragenen Bundestagsresolution vom 17. 5.2019 zu Antisemitismus auch Kritik am Münchner Stadtratsbeschluss:

(...) Wir widersprechen Versuchen, eine Politik der Unterscheidung zwischen dem Territorium des Staates Israel und den besetzten Gebieten – wie sie von der EU vertreten wird, und zu der die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 2334 vom Dezember 2016 aufruft – als pauschalen Boykottaufruf gegen den Staat Israel und als BDS zu diffamieren und zu delegitimieren. Diese Versuche sind umso fahrlässiger, als die Diffamierung von Gegner*innen der Besetzung als „antisemitisch“ und „antiisraelisch“ zur Standardargumentation der rechtsnationalistischen Regierung Netanjahu gehört. Gestützt auf diese Argumentation, begleitet durch einen forcierten Bau von Siedlungen arbeitet die Regierung Netanjahu an der faktischen (Teil-) Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete. Wir teilen die Einschätzung des früheren Mitglieds der

Knesset, Mossi Raz (Meretz), dass ein Fokus auf der sich abzeichnenden Annexion der Gebiete liegen sollte. Deshalb bat er seine Schwesterpartei in Deutschland: „I urge you not to lend your support to any initiative that equates BDS with anti-Semitism, that conflates Israel with occupied Palestinian territories and that weakens international opposition to the settlements“.

Diese Sorgen werden verstärkt durch die Einzelheiten des vorgelegten interfraktionellen Antrags. So fordert der Antrag die Bundestagsverwaltung sowie Städte und Gemeinden auf, keine Räumlichkeiten für die BDS-Bewegung oder Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, zur Verfügung zu stellen. In München führte ein ebenso pauschaler Beschluss dazu, dass im städtischen Museum anschließend nicht einmal mehr das Für und Wider dieses Verbots diskutiert werden durfte.

Avraham Burg: Beschädigung des Kampfes gegen den wahren Antisemitismus

Der frühere Knesset-Präsident Avraham Burg in einem Beitrag in „Haaretz“:

Wir fragen die deutsche Regierung: Glauben Sie wirklich, dass es eine Ähnlichkeit zwischen dem Boykott einer Flasche Wein, die in den besetzten Gebieten auf von Siedlern gestohlenem Land, die von der stärksten Armee in der Region geschützt werden, produziert wurde, und dem Boykott eines Geschäfts in Nazi-Deutschland gibt? Wer diesen Vergleich zieht, befleckt die Erinnerung an den Holocaust und untergräbt massiv die Balance der Verpflichtungen in Deutschlands Nachkriegszeit. Schlimmer noch: Die Entscheidung beschädigt den Kampf gegen den wahren Antisemitismus, der im europäischen Nationalismus seinen Ursprung hat und heute von Teilen der muslimischen Gemeinschaften in Europa kommt.

Die Entscheidung des Bundestages vermischt den Kampf gegen den Antisemitismus mit der Unterstützung der israelischen nationalistischen Agenda (...). Mehr noch: Die Resolution des Bundestages schränkt die Meinungsfreiheit ein, eine Säule jeder liberalen Demokratie.

<https://www.jrbernstein.de/blog-1/2019/6/17/deutschland-dpiert-den-kampf-gegen-den-antisemitismus>

Brief an die Mitglieder der Bundesregierung

Von Sarah Roy, Tochter von Auschwitz-Überlebenden, 4.6.2019

... Wenn Ihre Geschichte Ihnen eine Last und Verpflichtung auferlegt hat, dann ist es die, die Gerechtigkeit zu verteidigen, nicht Israel. Das ist es, was das Judentum, nicht der Zionismus, verlangt. Ihre Verpflichtung besteht nicht darin, Israel oder das jüdische Volk zu einer Besonderheit zu machen oder Ungerechtigkeit selektiv zu entschuldigen, weil Juden sie begangen haben; sie liegt darin, an Israel und Juden den gleichen ethischen und moralischen Maßstab zu halten, den Sie an alle Menschen anlegen würden, einschließlich an Sie selbst. Wenn Sie denken, dass Sie, wenn Sie sich weigern, Israels brutale Besetzung zu kritisieren und diejenigen bestrafen, die es tun, den Staat Israel oder den Platz des jüdischen Volkes in der Welt schützen und sichern, dann sind Sie schrecklich fehlgeleitet. Ihr Vorgehen erreicht genau das Gegenteil: Durch Ihr Bestehen darauf, Juden als Ausnahme zu behandeln, schwächen Sie uns, denn Sie machen uns wieder zu einer Art Anomalie, einem Eindringling, einer Negation Europas. Es macht uns anfälliger und ungeschützter für den Rassismus und den wahren Antisemitismus, der heute in der ganzen Welt wiederauflebt.

(Quelle: <https://www.counterpunch.org/2019/06/04/on-equating-bds-with-anti-semitism-a-letter-to-the-members-of-the-german-government/>)

„Bundestag handelt nach dem Diktat der Besatzungsregierung“

Aus einem Kommentar von Eli Yassif, emeritierter Professor an der School of Jewish Studies der Universität Tel Aviv, in der liberalen israelischen Zeitung „Haaretz“ vom 20. Juni 2019

Die religiöse und nationalistische Tyrannei, die den Menschen den Mund schließt und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid der anderen – der israelischen Araber, Palästinenser und afrikanischen Flüchtlinge - hat die Möglichkeit untergraben, Israels wahren jüdischen Charakter zu verwirklichen, welcher offen und liberal ist, ganz zu schweigen von seinem demokratischen Geist. Die israelischen Soldaten, die nach Jahren im Dienst des Besatzungsregimes in den Territorien zurückkehren, können sich nicht mehr von dem trennen, was sie dort getan oder gesehen haben. Wir sollten uns also nicht wundern, dass junge Leute weiter rechts stehen.

Was Leibowitz, Oz und andere nicht vorhersehen konnten, war, dass sich der Schaden der Besatzung nicht nur über die Grüne Linie, sondern auch über die Grenzen Israels hinaus ausbreiten würde. Wenn der US-Kongress und der Deutsche Bundestag (ich zähle Regime mit faschistischen Tendenzen wie Ungarn und Brasilien nicht mit) nach dem Diktat der israelischen Besatzungsregierung handeln und versuchen, Proteste gegen die Besatzung zum Schweigen zu bringen, sollte uns allen klar sein, dass dieser Schaden sich weit über unsere Grenzen hinaus ausbreitet.

Wenn der israelische Ministerpräsident mit großer Chuzpe vorschreiben will, wie die deutsche Regierung ihre Kulturinstitutionen verwaltet, besteht kein Zweifel mehr daran, dass diese hässliche Welle bereits das Mittelmeer und den Atlantik überquert hat. Und das ist die Welle, die einen Liebhaber Israels wie Peter Schäfer ertränkt hat.

Dies muss klar und deutlich gesagt werden: Die Kritik und der Kampf gegen die Besatzung spiegeln die wahre Liebe zu Israel wider, während die Besatzung den Fortbestand Israels untergräbt. Gegen die Unmenschlichkeit von Juden, die ein anderes Volk unterdrücken, anzukämpfen, ist der würdigste Kampf gegen den Antisemitismus.

Das versuchte der Direktor des Jüdischen Museums Berlin, und dafür wurde er bestraft. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Schäfer, wenn die Geschichte des modernen Judentums geschrieben wird, die Anerkennung erhalten wird, die er verdient.

links zu weiteren Dokumente zum Thema

Judith Bernstein auf dem Dortmunder Kirchentag zu Antisemitismus:

<https://www.jrbernstein.de/blog-1/2019/6/24/die-lage-spitzt-sich-zu>

Moshe Zimmermann und Shimon Stein zum Rücktritt von Museumsdirektor Peter Schäfer:

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/streitfall-j%C3%BCdisches-museum-berlin-wer-bestimmt-was-j%C3%BCdisch-ist/ar-AAD6Qij?fbclid=IwAR2BYk5BbNbraV5IRMtnEPMRGFy5LKBJjKFQJIWuiCnIr7a519V7VCuV0uU>

Jüdische Unterstützung für Peter Schäfer:

<https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/peter-schaefer-45-gelehrte-stuetzen-den-direktor-juedisches-museum-a-1273173.html>

Kennzeichnung von Waren aus den besetzten Gebieten:

<https://einspruch.faz.net/recht-des-tages/2019-06-14/a0746190e069b9b8cd9e5175109a2bc5/?GEPc=s5&fbclid=IwAR34vaswon1nMzYSnFnW8RUNx5sx0mr4a-1Ps7u4yYH3odDgzJpSYc0pppo>